

# Der Maler

Organ des Verbandes der

## Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends

Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 86, Alsterterrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:

Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11588

### Gegen die Zollvorlage.

Im letzten Appell an die Reichsregierung haben die gewerkschaftlichen Spitzenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Deutsche Beamtenbund gerichtet, vor der Beratung des Gesetzes über Zolländerungen nochmals in die Prüfung einzutreten, ob die geplanten Eingriffe in das Wirtschaftsleben wirklich notwendig und unvermeidbar sind. Es heißt in der Eingabe: Durch die Einfuhr von Zöllen auf Lebensmittel und Futtermittel wird eine unerträgliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten eintreten. In sorgfältigen Untersuchungen ist festgestellt worden, daß allein durch die Regierung vorgeschlagene Zölle auf Agrarprodukte eine fünfstufige Familie mit einer Mehrzahl von mindestens 150 M jährlich belastet werden. Auch nach der im Reichstag erfolgten Abänderung der Zollvorlage bleibt die Belastung unerträglich. Die Lebens- und Ernährungslage aller Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger ist bereits derartig gespannt, daß eine weitere Belastung nicht tragbar ist. Selbst die Spitzengehälter, die nur für einen kleinen Teil der Lohnarbeiterschaft in Frage kommen, reichen bei den heutigen Preisen nicht aus, um eine auch nur einigermaßen auskömmliche Existenz zu gewährleisten. Das Einkommen der Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger sinkt bei der bereits bestehenden Verteuerung nicht nur für die Erhaltung der Arbeitskraft und für den Fortschritt einer gesunden neuen Generation, sondern auch für die Existenzminimum. Schon die für die nächsten Monate beschlossene sprunghafte Erhöhung der Lebenshaltungskosten bedeutet für sämtliche Haushaltungen der Arbeiter und den größten Teil der unteren Beamten eine Mehrausgabe, die dem kargen Einkommen abgerungen werden muß. In dieser Lage ist es völlig ausgeschlossen, daß die geplante Verteuerung durch die Agrarzölle von den Konsumenten getragen werden könnte. Schwere Lohnkämpfe und gesundheitliche Erschütterung des gesamten Wirtschaftslebens dürften die unausbleibliche Folge einer Durchsetzung der Zollvorlage sein. Die Gewerkschaften sind von der Verantwortung durchdrungen, die sie auf sich nehmen, diese Kämpfe mit aller Energie zu führen, um einen neuen Aufbau an der durch die Inflation geschwächten und kaum wiederhergestellten Arbeitskraft und Volksgesundheit zu bewirken. Sie sind der Ansicht, daß alles versucht werden muß, um noch in letzter Stunde den zu erwartenden Eingriffen des Wirtschaftslebens vorzubeugen.

Der Not der Landwirtschaft zu steuern, schlägt die Regierung vor, die Industriezölle und Einfuhrverbote, durch landwirtschaftliche Produktionsmittel verteuert aufzuheben, oder wenigstens in scharfer Degression zu senken. Gleichzeitig wäre der Landwirtschaft der Markt für ihre Erzeugnisse zu sichern durch Freigabe der Einfuhr und Beseitigung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel. Diese grundlegenden Maßnahmen, die sofort oder in ganz kurzer Zeit durchgeführt werden könnten, müßten durch ein systematisches Programm der landwirtschaftlichen Produktionsförderung unterstützt werden. Das landwirtschaftliche Kredit- und Unterrichts- und Ausbildungsnetzwerk ausgebaut werden. Der Übergang des Bodens zum besten Bewirtschafteter ist zu erleichtern, und der gegen Ausbeutung zu schützen. Die gegenüber der Kriegszeit unnatürlich vergrößerte Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist abzubauen; zu diesem Zweck ist vor allem der Zusammenschluß zwischen den Genossenschaften der Erzeuger und denen der Verbraucher anzubahnen. Die Zeit bestehende Zollfreiheit für Lebensmittel

soll zunächst um ein weiteres Jahr verlängert werden. Nach Ablauf dieser Frist wäre die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen zu ermitteln und erst auf dieser Grundlage zur Frage der Agrarzölle endgültig Stellung zu nehmen.

### Ein Nachwort zur Dresdner Generalversammlung.

So schnell auch in unserer aufgeregten Zeit selbst die größten Ereignisse der Vergessenheit verfallen, so zweckmäßig ist es trotzdem, Werturteile nur aus gewisser Entfernung zu fällen. Darum widmen wir unserer Dresdner Generalversammlung auch erst jetzt einige ihr schuldige rückschauende Betrachtungen, nachdem der Bericht darüber und die von ihr gefaßten wichtigsten Beschlüsse bereits in den Nummern 29 bis 31 des „Maler“ veröffentlicht wurden.

Bezeichnen wir die letzte Generalversammlung als einen Markstein in der Geschichte unserer Organisation, so ist das wirklich mehr als eine geläufige Nebenart. Was ihr für immer eine besondere Bedeutung geben wird, war die sie beherrschende Einmütigkeit in den wichtigsten grundsätzlichen und taktischen Fragen und die sachliche Art der trotzdem natürlich an einigen Stellen scharf zugespitzten Auseinandersetzungen. Zwar hat auch diesmal wieder die Absicht bestanden, die scheinbar am weitesten links stehenden Delegierten zu einer Fraktion zusammenzufassen und auf eine bestimmte Meinung und Verhandlungsartikell festzulegen, doch ist dies selbst dem zu diesem löblichen Tun von bekannter Stelle Abgesandten nicht gelungen. Dafür hat er sich dann in dem Bericht, den er der kommunistischen Presse lieferte, durch einige unentbehrliche Klüntereien und Dresdner Sprüche gegen unsere Organisation, bei der er sich schon seit Jahren um einen Angestelltenposten bemüht, gerächt. (Red. d. M.). Wenn es überhaupt zu Angriffen gegen gewisse Maßnahmen des Verbandsvorstandes kam, so handelte es sich dabei um einzelne nebensächliche Vorgänge innerorganisatorischer Art. Konnte es ein Delegierter nicht unterlassen, auch diesmal wieder den bei ihm gemohnten blinden Haß gegen unsere angestellten Kollegen und deren anständige Bezahlung mehr temperamentvoll als wirksam zum Ausdruck zu bringen, und wurde versucht, der seit 1919 bestehenden Preiskommission trotz augenfälliger Gegenbeweise noch irgendwelche Daseinsberechtigung zuzusprechen oder zu bemängeln, daß der Vorstand nicht über jede Verwaltungsmaßnahme auf offenem Markte — im „Maler“ — zur genauen Information auch unserer verschiedenen Gegner lang und breit berichtet, so wurden die wenigen Kollegen, die sich zum Sprachsproh solcher Belanglosigkeiten machten, durch den sofort spontan hervortretenden, das Gegenteil oder tiefste Unzufriedenheit bekundenden Willensausdruck der übrigen Verhandlungsteilnehmer und durch die Abfuhr, die ihnen selbst ihre eigenen Parteigänger zuteil werden ließen, einbringlicher, als es bei ihnen selbst die überzeugendste Aufklärung vom Vorstandstische aus vermochten, behelzt, daß auf dieser Tagung kein Resonanzboden für Kleinliche Rückgeleien und unsachliche Kritik zu schaffen sei. Das aber wirkte so heilsam, daß man selbst den beiden Oppositionslustigsten anmerkte, daß es sich bei ihren weiteren Vorstößen in der Hauptsache nur um eine Müdenbedeckung vor den Vorwürfen ihrer daheim anders informierten Auftraggeber handelte. Und so trat dann von Verhandlungstag zu Verhandlungstag der Wille, ausgleichend zu wirken und sich gegenseitig zu verstehen, immer stärker hervor, und schließlich wurde, nachdem über den Bericht des Vorstandes nahezu zwei volle Tage, allerdings zu etwa 98 % zustimmend, diskutiert worden war, diesem gegen 3 Stimmen durch eine bestimmte Entschließung beigegeben. Ebenso wurde, entgegen dem Verlangen mehrerer Anträge, die bisherige Haltung des „Maler“ durchaus gebilligt, und abgelehnt, dessen Schriftleiter noch länger zum Untergeben einer Kommission zu machen, die in gewissen Fällen sich anmaßen könnte, von ihm entgegen seiner eigenen Überzeugung und Beschlüssen des natürlich nur der Generalversammlung verantwortlichen Verbandsvorstandes im offiziellen Verbandsorgan zu berichten.

Wie ganz anders ging es da beispielsweise 1919 in Würzburg her. Bei der damals herrschenden geistigen Verwirrung, in die der Ausgang des Krieges und die darauf nur zu natürlichen Enttäuschungen weiter Kreise des Volkes gestürzt hatten, war es selbstverständlich, daß dieser Zustand auch unsere damalige Generalversammlung widerspiegeln mußte. Damals verstand man sich in der Tat nicht mehr. Der selbstverständlichen gewerkschaftlichen Auffassung und Kampfweise stand ein volles Drittel der Generalversammlung verständnislos und feindselig gegenüber und die widersinnigsten Tiraden gewerkschaftlicher Eintagsfliegen fanden viel zu viele Zuhörer. Dennoch beschwor schließlich die bessere Einsicht der im Strome der

Zeit Vereisten diesen Fieberwahn und unser Verbandsmitglied auch durch diese Flut über die Tagungen in Frankfurt und Jena hinweg unangreifbar dahin. Wie es dem Stürmen des Krieges und der Inflation trohnte, so hat es auch den maßlosen Widerwärtigkeiten aus den eigenen Reihen heraus erfolgreich standgehalten, während sich in zwischen die Hohlheit der jahrelang von unsern Widersachern gedroschenen Phrasen und gedrehten Parolen so offenbar gezeigt hat, daß bei sehr vielen unserer damaligen Gegner die gerechte Beurteilung unserer Tätigkeit wuchs und doch drüben in immer steigendem Maße der Abfall offen in Erscheinung trat. Daß dem tatsächlich so war, dafür lieferte unsere Dresdner Generalversammlung einen weiteren untrüglichen Beweis.

Volle Einmütigkeit herrschte in Dresden natürlich in dem festen Willen zur entschiedenen Abwehr der von der jetzigen Reichsregierung und den sie stützenden Rechtsparteien eingeleiteten verbrecherischen Zoll- und Steuerpolitik, gegen jeden Rückschritt der Sozialgesetzgebung, gegen die arbeitserfindlichen Pläne des Unternehmertums zum Zwecke der Lohnbrüderlei und der Arbeitszeitverlängerung trotz steigender Lebensmittelpreise und zunehmender allgemeiner Arbeitslosigkeit. Ebenso entschieden wurde, unbeschadet der Anerkennung dessen, was uns an Stelle der zertrümmerten Monarchie die republikanische Staatsform an Vorteilen gewährt, der politischen Reaktion entschiedenster Kampf angesetzt. Zum Jugendschutz wurde nach sachkundigen Ausführungen des Jugendleiters im Hauptvorstand eine Entschließung mit den von uns an die Regierung und das Unternehmertum zu stellenden Forderungen angenommen. Glaubt dieses doch bekanntlich immer noch, daß ihm gar nicht aufkommend: Privileg über die Lehrlingsausbildung behaupten zu können. Ebenso wurde der Bericht des neu eingesetzten Leiters der Abteilung für Lackieren und in der Industrie beschäftigten Berufskollegen und sein Programm für seine fernere Tätigkeit gutgeheißen; ferner unsere Tarif- und Lohnpolitik und unsere Maßnahmen zur Erwerbslosenfürsorge.

Einmütigkeit trat aber auch hervor bei der Behandlung der Frage des inneren Ausbaues und finanziellen Stärkung unserer Organisationen. So wurden die Anträge des Vorstandes über die Beitragsgestaltung, über die Reformierung der Streik-, Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung und über die Wiedereinführung der Krankenunterstützung meist einstimmig akzeptiert. Wobei allerdings zu den Beiträgen erklärt wurde, daß der Vorstand von nun an mehr als bisher allen Drüdebergereien einzelner Filialen entgegenzutreten und nachdrücklich für die unbedingte Zahlung des beschlossenen Beitrages wirken müsse. Nur dann kann der finanzielle Aufstieg des Verbandes zur früheren Höhe gesichert werden.

Einen Höhepunkt bildete der Vortrag mit dem sich der Schriftleiter unseres neuen Fachblattes, Kollege Heine mann, der Generalversammlung vorstellte, einschließlich der darauf folgenden sehr anregenden Aussprache. In den hier aufgeworfenen fachtechnischen und Kunstfragen gab es sowohl prinzipiell als auch in der Sache selbst nach der ästhetischen wie auch nach der praktischen Seite hin nur eine Meinung, soweit in Fragen des Geschmacks und kunstgewerblicher Leistungen ein Streit der Meinungen überhaupt zur Nehereinstimmung führen kann und soweit es hier niemals wird allen recht getan werden können. Ungeteilten Beifall fand aber auch der Entschluß des Hauptvorstandes, der nach vielen Vorarbeiten das „Fachblatt der Maler“ in seiner anerkannt musterzüglichen Ausführung herausbrachte. Es war das erste Mal, daß sich eine unserer Generalversammlungen mit diesem Thema beschäftigte, trotzdem wir dennoch auch bisher schon die große Bedeutung der dadurch berührten Sachfragen nicht unterschätzt haben.

Größte Genugtuung aber löste bei der Behandlung der Verschmelzungsfrage das geradezu elementar hervorbrechende Gelächter aller Delegierten — voran der bisherigen Befürworter der Verschmelzung — aus, nach der kürzlich in dieser Sache stattgefundenen Abstimmung, in der sich nicht weniger als 78 % der abstimmenden Mitglieder für die weitere Selbstständigkeit unseres Verbandes erklärten, nunmehr mit doppeltem Eifer für den weiteren inneren Ausbau und die Stärkung unserer damit noch auf weiter hinaus gesicherten Organisation nach außen zu wirken, insbesondere sich aber jedem etwa versuchten Zwange ganz entschieden zu widersetzen.

Die Dresdner Generalversammlung hat gute und sicher fruchtbringende Arbeit geleistet und durch den sie beherrschenden Geist der Eintracht nach innen und der Entschlossenheit zu energischer Gegenwehr gegen Feinde aller Art von außen her den Mitgliedern ein treffliches Beispiel geliefert. An ihnen liegt es nun, den Beschlüssen Inhalt und Leben zu geben, diese durch zähe Mitarbeit umzusetzen in erfolgreiche Taten. Daß auch weitere tatsächlich drohende



Stürme unser Verbandschiff nicht ernsthaft bedrohen werden, dafür wird sich der von der Generalversammlung einstimmig wiedergewählte Vorstand ebenso einsetzen wie bisher.

Zum Schlusse sei noch der besonders zahlreichen Vertretung unserer Bruderverbände in Dänemark, Norwegen, Schweden, Oesterreich, Ungarn und der Schweiz und des zum ersten Mal entstandenen Vertreters unseres amerikanischen Bruderverbandes gedacht. Und es beschlich wohl alle Teilnehmer der von der Filiale Dresden veranstalteten schönen Jubiläumsfeier ein ergreifendes Gefühl, als Kollege Böhner, Wien, im Auftrage der ausländischen Gäste und der unserer Internationale angeschlossenen aber wegen dringender Gründe nicht persönlich vertretenen Organisationen unserm Verbandspräsidenten die freundschaftlichsten Grüße überbrachte und aus Anlaß unseres Jubiläums ein wertvolles Geschenk überreichte. Dieses besteht außer in einer geschmackvollen Vase in einer wertvollen Bronze, die einen Arbeiter darstellt, der im Begriffe ist, mit einem wichtigen Hammer weitausholend einen im Wege liegenden schweren Stein zu zerbrechen, sowie auch vier in zäher und schwerer Arbeit die uns im Wege liegenden Hindernisse in hartem Kampfe zu überwinden und beseitigen. Das Geschenk ist von seinen Stiftern zur Aus schmückung unseres neu erworbenen Verbandshauses bestimmt. Es wird von uns als äußeres Zeichen der seit Jahrzehnten durch die Internationale der Verbände des Malergewerbes geförderten internationalen Solidarität auf immer treu behütet werden.

Auch die unserer Generalversammlung sich anschließende Genossenschaftstagung und Internationale Konferenz nahmen einen durchaus harmonischen, nur von streng sachlichen Gesichtspunkten bestimmten Verlauf.

Nach alledem sind wirklich alle Vorbereitungen dafür gegeben, daß die Dresdener Tagungen einen Markstein unserer Verbandsgeschichte bilden werden.

### Gefahren der Neuorganisation.

Der Beschluß unseres Dresdener Verbandstages zur Verschmelzungsfrage, gestützt auf das Ergebnis der vorausgegangenen Abstimmung, hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der über große Teile unserer Verbandsmitglieder dieser Frage absolut keine Bedeutung beimißt. Als Anhänger der Berufsorganisation werden sie wie bisher im Rahmen des A.D.G.W. ihre Pflicht und Schuldigkeit als organisierte Arbeiter weiter tun. Um so eifriger sind die Anhänger der Industrieorganisation an Werke, mit allen Mitteln die Organisationsfrage nach ihren Plänen umzumodeln und dafür Stimmung zu machen. Da ist es nur zu begrüßen, wenn unter der obigen Überschrift die „Gewerkschaftszeitung“ in Nummer 30 in überzeugender Weise zu der Frage der Organisationsform Stellung nimmt und nachweist, wohin es führen würde, wenn mit rauer Hand in die aufsteigende Entwicklung unseres Gewerkschaftslebens eingzugreifen versucht wird. Die „Gewerkschaftszeitung“ schreibt:

„Die Organisationsfrage hat eine Bedeutung für den kommenden Gewerkschaftskongreß erlangt, die man beinahe verhängnisvoll nennen möchte, und wird mit einem Eifer umstritten, der besser andern Fragen der Arbeiterbewegung zugewendet würde. Die Meinungsverschiedenheiten haben sich fast zu grundsätzlichen Gegenätzen vertieft, als ob alles Heil der Gewerkschaftsbewegung einzig und allein von der Organisationsform abhängt. Es wäre höchst einfach, darin eine Nachwirkung der unklaren Revolutionsperiode zu erblicken, die die Gewerkschaften überhaupt als überlebt betrachtete und mit radikalen Vorschlägen zur Neuorganisation weniger die Form, als vielmehr den Inhalt der Gewerkschaften treffen wollte, wobei man sich über weder über die Formen, noch über den Inhalt des Gewollten klar zu werden vermochte. Wer aber die Unterchriften liest, die der Leipziger Kongreßbeschlüß zur Organisationsfrage trug, der kommt nicht über die Tatsache hinweg, daß alle erfahrenen Gewerkschaftler, die so leicht nicht jeder Tagesidee nachjagen, ihre Hoffnung auf eine Neuorganisation gesetzt hatten, deren Verwirklichung sie sich jedenfalls leichter vorgestellt hatten. Seitdem sind 3 Jahre ins Land gegangen und nach langen Untersuchungen und Debatten haben sich die Anhänger des Leipziger Mehrheitsbeschlusses auseinandergesetzt und aus ihrer damals einbeistimmigen Geschlossenheit sind mehrere Lager geworden, die sich nicht mehr unter einen Hut bringen lassen. Das ist der Erfolg der eingehenden Untersuchungen der Voraussetzungen und Wahrscheinlichkeiten des Leipziger Beschlusses.“

Der Leipziger Beschluß verlangt für große zusammenhängende Industrien, einheitliche Industrieverbände anzuerkennen oder zu schaffen, was durch den Zusammenschluß der heute noch vorhandenen Berufsorganisationen geschehen soll. Solche Zusammenschlüsse sind nichts Neues oder Unerhörtes. Alle jetzige Konzentration in den Gewerkschaften hat sich durch solche Zusammenschlüsse herbeigeführt. Die Zusammenschlüsse waren nicht immer glücklich; manche sind wieder auseinandergegangen und haben andern Verbindungen Platz gemacht. Aber immer war es selbstgewolltes Schicksal, war es der freie Wille der Beteiligten, sich für den einen oder andern Anschluß zu entscheiden. Vereinzelt haben sich bestehende Verbindungen nicht schlechter bewährt als bestehende — ein Zeichen dafür, daß es in der gewerkschaftlichen Konzentration ebensowenig ein Einheitschema gibt als in der Wirtschaftskonzentration. Nistwandel, gleiche Industriehandwerke und daraus folgender Arbeitswechsel, und selbst Personenfragen waren oft entscheidend für den Erfolg einer Verschmelzung als Berufsverbände. Deshalb ist die freie Entwicklung auf diesem Gebiete wertvoller als jedes Schema, mag es noch so gut ausgeführt sein. Zusammenzuschließen heißt zusammenarbeiten und das erfordert viel freiwillige Gewerbe an die gemeinsame Organisation.

Der Leipziger Beschluß hat deshalb mit Recht von einem festen Organisationsplan abgesehen und nur einige

Beispiele angegeben, wie etwa die Industrieorganisation gedacht werden könne. Wenn er im letzten Absatz die Ausarbeitung einer Vorlage für einen organischen Aufbau der Industrieverbände und deren Abgrenzung anregt, so sollte es sich dabei um eine Beratungsgrundlage handeln, die den beteiligten Gewerkschaften überwiegen werden sollte. Von einer Vorlage für den nächsten Gewerkschaftskongreß ist dabei mit keinem Wort die Rede. Auch von einer Verpflichtung der Gewerkschaften auf eine bestimmte Organisationsform steht nichts in jenem Beschlusse, der lediglich Maßnahmen empfiehlt, um in den Gewerkschaften eine Klärung der Organisationsfrage herbeizuführen. Liegt man jetzt aber die Anträge Ditzmann-Paeplow, so findet man neben der Aufforderung an die Gewerkschaften, in absehbarer Zeit Industrieverbände zu verwirklichen, bestimmte Richtlinien, die, wenn vom Kongreß beschlossen, unter allen Umständen berücksichtigt werden müßten, überdies einen detaillierten Organisationsplan, der eigentlich gar keinen Raum mehr für besondere Richtlinien übrig läßt, und endlich eine Aenderung der Bundesstatuten, die den Gewerkschaften die bestimmte Verpflichtung auferlegt, solche Industrieverbände durchzuführen. In diesem Zusammenhange wird aber die Organisationsfrage zugleich zu einer Lebensfrage des A.D.G.W. gemacht; denn es ist klar, daß dem Bunde nicht angehören kann, wer diese Pflicht nicht anerkennt oder verkehrt oder sich in das zu beschließende Organisationschema nicht einzugliedern vermag. Ergeht vom Gewerkschaftskongreß an alle Gewerkschaften die Aufforderung, die Industrieverbände durchzuführen, so fühlt sich jeder Gauleiter, Ortsleiter und Betriebsvertreter verpflichtet, dieses Ziel, so bald als ihm möglich ist, durchzusetzen, wodurch jede Verständigigung leicht illusorisch gemacht werden dürfte. Die vorgelegten Richtlinien sind in höchstem Maße widerspruchsvoll, indem sie einleitend die Industrie, nicht den Betrieb, als Rahmen der Organisation erklären, dann aber tatsächlich den Betrieb doch für maßgebend anerkennen. In der Tat ist es auch darauf abgesehen, möglichst alle in einem Großbetrieb beschäftigten Arbeiter demselben „Industrieverband“ zuzuführen. Ausnahmen davon sind allgemein nur für Handels-, Transport- und Verkehrsabteilungen der Betriebe zugelassen, obwohl der Arbeitswechsel zwischen Produktionsarbeiten und Transport- und Lagerungsarbeiten auf den meisten Werken alltäglich ist. Postkötter werden viel häufiger für Platz- und Transportarbeiten in Anspruch genommen, als ein Fabrikarbeiter, -fahrlor oder -heizer mit andern Werksarbeitern in Verührung kommt. Solche Richtlinien sind viel mehr geeignet, Grenzstreitigkeiten hervorzurufen als sie zu verhüten, und alle Kartellverträge werden davon nicht schütten, wenn der Grundsatz der Einheitsorganisation im Betriebe den Betriebsvertrauensleuten erst einmal in Fleisch und Blut übergeht.

Die größte Gefahr aber bildet das Organisationschema der Anträge Ditzmann und Genossen, das anstatt eines Zusammenschlusses von Verbänden eine Auflösung derselben in Splinter und eine Neuorganisation dieser Splinter bezweckt. Kaum ein Verband entginge nach Annahme dieses Organisationsplanes dem Schicksal, Mitglieder an mehrere andere Verbände abgeben zu müssen, also zerstückelt zu werden. Sehen wir einmal das Schema etwas näher an:

Der Bergarbeiterverband hätte Mitglieder abzugeben an das Baugewerbe, an die Chemie, sowie an die Gruppe Steine und Erden.

Der Baugewerksbund müßte Mitglieder abtreten an den Bergbau, die Hütten- und Metallindustrie, an den Holz- und Schnitstoffverband und an den Bund für Transport, Verkehr und öffentliche Betriebe.

Der Fabrikarbeiterverband müßte auf Mitglieder verzichten zugunsten des Bergbaues, der Hütten- und Metallindustrie, des Baugewerbes, der Holz- und Schnitstoffindustrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der Textilindustrie, der graphischen Gewerbe und Papierverarbeitung und der Transport-, Verkehrs- und öffentlicher Betriebe und anderer mehr.

Der Holzarbeiterverband hätte Mitglieder abzugeben an die Gruppen: Hütten und Metall, Baugewerbe und Transport, Verkehr und öffentliche Betriebsbauten.

Der Metallarbeiterverband verzichtete auf seine Mitglieder zugunsten der Gruppen: Bergbau, Chemie, Baugewerbe, Holz- und Schnitstoffe, Nahrungs- und Genussmittel sowie Transport, Verkehr, öffentliche Betriebe usw.

Der Verkehrsbund verlore Mitglieder an die Gruppen: Bergbau, Hütten und Metall, Chemie, Holz- und Schnitstoffe, Nahrungs- und Genussmittel, Textilindustrie usw.

Der Malerverband sähe seine Mitglieder nicht nur in den Baugewerksbund, sondern auch noch in die Organisationen der Hütten- und Metallindustrie, der Holz- und Schnitstoffe, des Transport-, Verkehrs und der öffentlichen Betriebe abwandern. Vielleicht kommen auch noch die graphischen Gewerbe und die künstlerischen Gewerbe hinzu.

Die Kupferschmiede hätten sich auf drei Verbände zu verteilen: auf Hütten und Metall, auf die Chemie und den Bergbau.

Um die Sattler, Tapezierer und Portefeinler reihen sich gar sieben Gruppen: Hütten und Metall, Baugewerbe, Holz- und Schnitstoffe, Lederzeugung und -verarbeitung, Chemie, graphische Gewerbe, Transport, Verkehr und öffentliche Betriebe.

Die Wöttcher fielen künftig drei Verbänden anheim: der Chemie, Holz- und Schnitstoffe, sowie Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Weiterhin hätten vor ihrer Verschmelzung noch Mitglieder an dritte Verbände abzugeben die Verbände der Gärtner, Lebensmittelarbeiter und Schuhmacher, wahrscheinlich auch die Steinarbeiter, Zimmerer und andere Verbände.

Aus schimmern erginge es dem Verband der Maschinisten, der an alle Industrieverbände aufgeteilt würde, da der Organisationsplan eine Gruppe der Kraft-erzeugung nicht anerkennt. Ihr Schicksal teilen jedenfalls

die Berufsfeuerwehrlente, soweit es Betriebsfeuerwehren handelt.

Kann angeht solcher Fragen überhört. Zusammenzuschließen die Rede sein? Hier es sich offensichtlich nicht um Verschmelzungen sondern um Atomisierung und Neuaufbau von Gewerkschaften. Nahezu alles, was in jahrzehntelanger Entwicklung entstanden ist, sich eingelebt hat, als lebt, soll zerfallen, und aus den Ueberbleibseln neue Gebilde künstlich geschaffen werden. Dieser Plan ist so ungeheuerlich, daß man sich mit die Unterchriften wundern muß, die er trägt. Wahrscheinlich sind die Antragsteller selbst nicht der ungeheuren Konsequenzen bewußt geworden, zu denen die Durchführung dieses Planes führen würde, ja führen muß. Glaube Menschen, die seit Jahrzehnten mit der Organisation ver wachsen sind, so hand zu Verband hin und her schiel können, Mitgliedschaften, die von alters engstem Berufszusammenhange stehen, auseinander und nach Belieben mit fremden nun zusammenfügen? Hoffst man wirklich, daß dem Arbeiter der Beruf nichts, der zufällige Arbeitsplatz alles wert ist, daß der Maler in der Maschinenfabrik als Metallarbeiter, in der Möbel als Holzarbeiter, in der Wagenfabrik als Bauarbeiter als ein Fragezeichen werde? Und wo bleiben bei dem ewigen Organisationswechsel die erworbenen Rechte einzelnen? Kann man dem Mitglied eines Verbandes zehn- und mehrjährige Unternehmungsanstrengungen, Erwerblos-, Invaliden- oder sonstige Unternehmungen erworben hat, zumuten, diese ohne ausreichenden Ersatz im Stiche zu lassen? Dabet sind Unternehmungen nicht einmal das Ausschlaggebende; viel mehr bei vielen der Anspruch auf Arbeitsbeschaffung im erlernten Beruf, auf Berufsaufstieg, langung gehobener Stellen auf der beruflichen Leiter. Das alles kann doch nicht durch ein Organisationschema ausgelöscht, hinweggewischt werden. Es einzelnen weiter und bindet ihn an seine Berufsorganisation. Ueberhaupt ist es unsinnlich beruflichen Zusammenhänge der jeweiligen Zugehörigkeit opfern zu wollen.

Schließlich bleibt bei den meisten der so ausgerissenen Verbände noch ein Rest übrig, der der Industriegruppen des Organisationsplanes passen will, an dem keiner, als der Berufsverband ein Interesse hat, und der demnach künftig vernichtet werden und dem Indifferentismus anheimfallen. Meist sind es die Arbeiter des Kleinhandels in Kleinstädten und auf dem Lande, die Vereinigungen der erlernten Beruf das einzige Band bilden, das der Arbeiterschaft verbindet. Vielfach handelt es sich in diesen Kreisen um die Quellen der Berufsausbildung, die Lehrlingszucht, die die Industrie- und Kleinstädter Arbeitsmärkte mit Arbeitskräften versorgen. Der Berufsverband kann weitgehenden Einfluß auf die Kreise ausüben, während der Industrieverband um jeden einzelnen Beruf in seinen weitesten Grenzen kümmern kann. Diese Kreise belasten aber im Angebot den Arbeitsmarkt und drücken die Vergütungen selbst des gelernten Arbeiters herab, wenn organisiert bleiben.

Für die einzelnen Gewerkschaften schafft die nächste Neuaufbau der Industrieverbände eine unlösliche Probleme und damit Reibungen mit andern Verbänden. Aber die größte Gefahr erwächst aus dem Neuaufbau für den A.D.G.W. als Ganzes. Er reicht den Bund in zwei Lager, in das der Annahme Aufbaues und in das der Opfer des Aufbaues. Denn gibt es zwischen beiden nicht einmal Klare denn Auf- und Abbau gibt es hüben wie drüben. nächst das Mißtrauen auf allen Seiten und die Stimmung richtet sich in erster Linie gegen den Bund zum Werkzeug der Bergewaltigen, andern gemacht werden soll. Denn anders als den Bund kann keiner der Neuaufbauer seine Befriedigen. Nur durch Kongreßbeschlüsse man, die andern seinen Macht unterordnen zu können. An sich kann der Arbeiter-, Baugewerks- oder Metallarbeiterverband, Fabrikarbeiter-, Maler- oder Maschinistenverband befehlen. Nur über den Gewerkschaftskongreß glaubt man diese seinem Willen dienstbar machen können. Aber vom A.D.G.W. erwarten die gerade ihren Schutz; denn dafür haben sie sich ihm angeschlossen, und ihr Anspruch auf Bundeschutz war sogar satzungsmäßig anerkannt. Will man es den bedrohten Gewerkschaften betargen, wenn sie ein Band, das sie nicht mehr sondern zu erwürgen trachtet, von sich werfen und den Bund die Treue kündigen? Kann der Bund sich in Selbstbestimmungsrecht einer Organisation hinwegsetzen? Die Erklärung des Fabrikarbeiterverbandstages von 1922 in dem am Main, daß der Verband kein Interesse Mitgliedschaft zu einem Bunde habe, der einen der gewerkschaftlichen Organisationen den Boden für gewerkschaftliche Tätigkeit untergraben wollte, die Erklärung von 18 Verbänden in der Ausschlußsitzung vom 3. Juli dieses Jahres, vorbehalten wollen, die Voraussetzungen ihre weitere Bundeszugehörigkeit zu prüfen, falls der Gewerkschaftskongreß das Bestimmungsrecht der einzelnen Verbände und deutliche Hinweise dafür, wohin der Weg würde, den der Organisationsplan Ditzmann wolle ins Auge faßt. Er würde den Antragsteller nützen, aber den A.D.G.W. unsehbar auseinanderreißen, oder einer Zerreißungsprobe unterwerfen, der schwerlich gewachsen ist. Der Organisationsplan ist ein gefährliches Spiel mit dem Feind eigenen Hause, der der Gesamtorganisation der Gewerkschaften unübersehbaren Schaden zufügen würde sollte jeder vernünftige Gewerkschafter erkennen einer derartigen Frageprobe absteigen, ehe es



Der DGB. muß über der Organisationsfrage stehen. Er darf nicht zum Werkzeug der einen gegen die andere Richtung gemacht werden. Mit Mehrheitsentschlüssen ist hier nichts zu machen, wo allein die Beschäftigung den Weg zum Fortschritt bahnt.

Die Lehrlingskrise.

In den sozialpolitischen Erörterungen des Auslandes wird immer öfter von einer Lehrlingskrise gesprochen. Die Krise wird in zwei Tatsachen erblickt: Zum ersten darin, daß es in einer Anzahl von Industriezweigen oder im allgemeinen keine Lehrlinge gibt; diese Klage wird vor allem in Frankreich und Belgien geführt.

Warum gibt es für viele Berufszweige keine Lehrlinge? Die Ursache ist dafür die Mode oder der Mangel an entsprechenden Berufsberatung verantwortlich. Es gibt Zeiten, wo einzelne Berufe vorgezogen, andere vernachlässigt werden. So können zum Beispiel in Frankreich die jungen Leute in die Berufe, die es mit Mechanik, Elektrizität usw. zu tun haben, während andere wichtige Gewerbegebiete keine Lehrlinge erhalten.

In diesem Punkt müssen wir aber der neuen Entwicklung der Industrie im Großbetrieb gedenken. Wie oben erwähnt, wird die Lehrlingskrise auch in der Form empfunden, daß eine Lehrlingsausbildung, wie sie früher vorhanden war, heute nicht mehr existiert. Im Großbetrieb gibt es oft keine Lehrlinge im eigentlichen Sinne. Die Arbeit wird nicht schrittweise gelernt, sondern nur angelernt.

Wie kann die hier geschilderte Lehrlingskrise behoben werden? Für die Berufe, wo eine sachmäßige Berufsausbildung in dem gegenwärtigen Zustand des Produktionsprozesses noch möglich ist, müssen die Hindernisse der Ausbildung niedere Lehrlingslöhne, Unmöglichkeit der Selbstversorgung während der Lehrzeit — beseitigt, der Zutritt der Jugendlichen zu Beschäftigungen, die keine Lehre oder nur in kleinen Betrieben beanspruchen, eingeschränkt werden.

läßt, so muß dort eine andere Art von Erziehung eingeführt werden, die die Fähigkeiten dieser Jugendlichen nicht vernachlässigt. Bei diesen Kategorien der Jugendlichen spielt die Hebung der allgemeinen Bildung — die freiwillig auch für die eigentlichen Facharbeiter von Wichtigkeit ist — eine große Rolle. Der Gesichtskreis dieser Jugendlichen Arbeiter muß, sowohl was ihren engeren Beruf als ihren geistigen Horizont anbelangt, erweitert werden, damit sie die Zusammenhänge ihrer Teilarbeit mit dem Ganzen des Arbeitsprozesses und des weiteren mit der Volkswirtschaft kennenlernen.

Ueberstundenarbeit.

Entscheidung des Ortsaristamts Hamburg vom 1. Juli.

I. Tatbestand: Die Malermeister Eddelbüttel, Kloob, Böhs, Käsehaage, Zimmelmann und Lütjens, sämtlich in Harburg, haben in der Zeit vom 4. bis 31. Mai 1925 in ihren Betrieben täglich 9 Stunden arbeiten lassen, ohne für die neunte Stunde den tariflichen Ueberstundenaufschlag von 25 % zu zahlen (Vergehen gegen § 3 Ziffer 1 des Tarifvertrages).

- Es erging folgende Entscheidung: 1. Das Ortsaristamt erachtet sich als zuständig, da es sich um eine Streitigkeit aus dem Tarifvertrag handelt; 2. die über die tariflich bestimmte achtstündige Arbeitszeit hinaus nach § 3 der Arbeitszeitverordnung in Harburg vom 4. bis 31. Mai 1925 geleistete Mehrarbeit ist mit dem tariflichen Ueberstundenzuschlag zu bezahlen.

Gründe:

- 1. Da der Streit sich darum dreht, ob man den tariflich festgelegten Ueberstundenzuschlag im vorliegenden Fall bezahlen will oder ob er zu zahlen ist oder durch die Arbeitszeitverordnung beseitigt wird, handelt es sich um eine Streitigkeit aus dem Tarifvertrag, so daß nach § 13 des Tarifvertrages das Ortsaristamt zuständig ist. 2. Die in der Klage genannten Meister haben im Mai 1925, wie sie zugeben, in ihren Betrieben während längerer oder kürzerer Zeit auf Grund des § 3 der Arbeitszeitverordnung 9 Stunden arbeiten lassen, haben aber für die neunte Stunde nur den regelmäßigen Tariflohn gezahlt. Der Verband der Maler macht geltend, daß, da die tarifliche regelmäßige Arbeitszeit täglich 8 Stunden betrage, die neunte Stunde als Ueberstunde laut § 1 Nr. 7 und 8 und § 3 Nr. 2 des Tarifvertrages mit einem Zuschlag von 25 % zu bezahlen sei, und zwar nicht an die Gehilfen, sondern an die Kasse des Ortsaristamts, weil die Gehilfen während der Dauer der Ueberarbeit den Zuschlag nicht gefordert, daher auch gegen den Tarifvertrag verstößen hätten. Von Unternehmenseite ist eingewandt worden, eine Mehrarbeit, die nach § 3 der Arbeitszeitverordnung geleistet werde, sei keine Ueberstundenarbeit nach Tarifvertrag, und es liege im Sinne der Arbeitszeitverordnung, daß die Mehrarbeit des § 3 der Arbeitszeitverordnung zum regelmäßigen Lohn geleistet werde, weil sonst der Sinn der Mehrarbeit verfehlt werde.

Dieser Auffassung kann das Ortsaristamt nicht zustimmen. Die Arbeitszeitverordnung bestimmt nichts über die Bezahlung der Mehrarbeit. Das ist kein Versehen, sondern offenbar Absicht, da die Verordnung sich eben nur mit der Arbeitszeit und nicht mit dem Arbeitslohn befaßt. Die Frage der Entlohnung beantwortet sich daher aus der sonst bestehenden gesetzlichen oder vertraglichen Regelung. Die Arbeitszeitverordnung sagt auch nichts davon, daß die aus ihr geleistete Mehrarbeit nicht Ueberstundenarbeit im Sinne anderer Gesetze oder von Tarifverträgen sei. Ob für die neunte Stunde im vorliegenden Falle der Tarifzuschlag zu bezahlen ist, ist daher nur aus dem Tarifvertrag zu entnehmen und danach zweifelsfrei zu bejahen; denn die neunte Stunde lag hinter der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit. Gleichgültig ist dabei, ob die Gehilfen nach § 3 der Arbeitszeitverordnung verpflichtet waren oder nicht, die neunte Stunde zu arbeiten. Auch Ueberstunden, die nach § 1 Absatz 8 des Tarifvertrages geleistet werden müssen, müssen mit dem Zuschlag bezahlt werden.

Verzichten konnten die Gehilfen im voraus auf den Zuschlag nicht, wie § 1 der Tarifverordnung vom 23. Dezember 1918 ergibt; da sie aber trotzdem den Zuschlag nicht verlangt haben, geht er nicht an sie, sondern an die Kasse des Ortsaristamts. Die Zahl der Ueberstunden, die der Entscheidung zugrunde gelegt sind, beruht auf den Angaben, die die Unternehmer gemacht und der Obmann des Verbandes der Maler anerkannt hat.

Dann ergeht folgender Beschluß: Hinsichtlich Herrn Kloob besteht allgemeines Einverständnis, daß er die geleisteten Ueberstunden an seine Gehilfen bezahlt, und sich im einzelnen mit ihnen verständigt. An die Kasse des Ortsaristamts sind zu zahlen folgende Ueberstundenzuschläge:

- 1. von Herrn Eddelbüttel für 480 Ueberstunden, 2. von Herrn Böhs für 54 Ueberstunden, 3. von Herrn Käsehaage für 6 Ueberstunden, 4. von Herrn Zimmelmann insgesamt 10 M., 5. hinsichtlich Herrn Lütjens, der am Erscheinen verhindert war, werden die Obleute erjucht, auf Grund der grundsätzlichen Entscheidung des Ortsaristamts die Zahl der Ueberstunden, für die er den Zuschlag an das Ortsaristamt zu zahlen hat, festzustellen und ihn zur Zahlung zu veranlassen. Lehnt er sie ab, kann das Ortsaristamt angerufen werden.

II. Herr Malermeister Zimmelmann hat in der Zeit vom 1. bis 31. Mai 1925 2 Gehilfen, die im ersten Gesellenjahr standen, beschäftigt. Der Lohn ist nach § 2 Ziffer 6 des Tarifes frei vereinbart worden. Eine Mitteilung über diese Vereinbarung ist jedoch dem Ortsaristamt beziehungsweise den zuständigen Verbandsvertretern nicht zugegangen. Das Ortsaristamt beschließt in diesem Falle: Herr Zimmelmann ist verpflichtet, 40 M. als Unterschied zwischen dem vereinbarten und dem Tariflohn an die Kasse des Ortsaristamts zu zahlen.

Wir ersuchen die Kollegen, auch den Artikel mit der gleichen Ueberschrift in Nummer 28 des „Maler“ zu beachten.

Lackierer.

Durch den Kampf in der mecklenburgischen Metallindustrie ist auch eine größere Zahl unserer Kollegen in Mitteldeutschland gezogen. Zugang ist fernzuhalten!

Lohnbewegungen.

Nach Mienburg a. d. W. muß noch Zugang ferngehalten werden.

Aus unserm Beruf.

Berufsunfälle. Bei den Renovierungsarbeiten im Saalbau des Kulturvereins zu Nürnberg stürzte unser Kollege Lorenz Maier, bei der Firma Gustav Steiger, von einem 10 m hohen Gerüst infolge Reißens eines Strickes ab und erlitt einen doppelten Armbruch und eine Gehirnerschütterung. Kollege Maier ist nicht nur einer der besonnensten und langjährigen Arbeiter obiger Firma, sondern auch seit 1906 treues und zuverlässiges Mitglied unseres Verbandes. Es kann unsern Kollegen gar nicht oft genug in Erinnerung gebracht werden, mit aller Umsicht bei der Erledigung solcher Arbeiten zu Werke zu gehen, andererseits aber auch keine Rücksicht zu nehmen bei Zurückweisung mangelhafter oder ungenügenden Gerüstmaterials. — In Hamburg war am 4. August der fünfzehnjährige Lackierlehrling Hans Krüger im Louisenweg an einem mehrere Berliner schweren Rad beschäftigt. Das Rad fiel um und traf den Lehrling so unglücklich, daß er innere Verletzungen erlitt und in ein Krankenhaus geschafft werden mußte. Allem Anschein nach liegt hier grobe Fahrlässigkeit vor. Erste Pflicht des Lehrmeisters ist doch, den Lehrling zu beaufsichtigen und zu unterweisen.

Submissionsblüte. Die Finanzdeputation in Hamburg hat für 5 größere Häuserblöcke auf dem Dulsberg den Fensteranstrich ausgeschrieben, worauf am 4. August von folgenden 85 Hamburger Malereigeschäften nachstehende Offerten in Reichsmark eingegangen sind:

Table with 5 columns (No. 1-5) and rows listing names and amounts. Includes Paul Hassenberg, R. Wille, Rich. Peters, W. Schild, G. W. Meyer, Gust. J. Müller, G. Ahlrep, Krause & Steen, Fr. Krütsfeld jun., Fr. Lorenz, W. Franz, Sylvester Schmidts, J. A. Mumm, Raft & Binder, Vereinigt. Malereibetrieb Müller, W. Stryg, Cornelius Empen, G. Koop, Otto Zipp, Hansa, Aug. Steffenhagen, Th. Meier, Sauck Wwe., Paul Schulz, M. G. H., Jul. Kiel, W. M. Klausen, Otto Böhsch, R. Zieger, Otto Zimmermann, Basch & Grinme, Paul Ritter, G. Havemann, Hans Zapf, G. Der Steiner.

Daß bei so einfach zu berechnenden Anstricharbeiten solche Differenzen vorkommen können, sollte man nicht für möglich halten. Auch wenn das Höchstangebot nicht zu berücksichtigen wäre, müßten mindestens die ersten 14 Angebote glatt ausscheiden.

Aus Unternehmerkreisen.

Der 9. sächsische Malertag findet vom 22. bis 24. August 1925 im städtischen Ausstellungspalast zu Dresden statt. Mit der Tagung ist auch diesmal wieder eine größere Ausstellung verbunden.

Scharfmacher in Reinkultur. Die Vereinigung deutscher Unternehmerverbände hatte in ihrem Feldzug gegen jede Lohnerhöhung die Lohnpolitik mit der Währungsstabilität in Verbindung gebracht und die Behauptung aufgestellt, daß Lohnerhöhungen von größerem Ausmaß eine Inflation im Gefolge hätten. Sie sind damit hinten heruntergefallen. Dennoch geben sie die Schlacht nicht ver-



Ioren. In einer neuen Denkschrift haben sie die ihnen günstigen Urteile, ihre Rundschreiben und anderes Material zusammengefasst. Das Thema an sich ist unsererseits in ausgiebigem Maße erörtert worden, so daß sich ein nochmaliges Eingehen darauf erübrigt. Aber in der Schrift befindet sich ein Artikel „Aus süddeutschen Industriekreisen“, der sich gegen einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ richtet. In diesem Artikel befinden sich so haarsträubende Stellen, daß es sich verbietet, sie bekanntzugeben. Wir greifen einige heraus:

„Die Förderung der „Frankfurter Zeitung“ nach Löbungen, die durch Verhandlung festzusetzen sind, stammt aus der Kampfkammer unserer Großväter oder Urgroßväter. Als Parteiprogramm, als Lockmittel für die Massen, mag sich die Förderung bewährt haben; in der Praxis führt die Verwirklichung der Forderung zum Untergang der deutschen Wirtschaft.“

„Was die „Frankfurter Zeitung“ fordert, führt zur Verdummung der Menschen, zur Verfaulung und Verelendung; es ist blöde Theorie, aus schwächsten Köpfen geboren, von Schwachköpfen verbreitet und verlangt.“ Der Schwache, der Dumme, der Faule fürchtet sich vor dem Markte, vor dem Wettbewerb, vor der Konkurrenz; er sucht Schutz hinter irgendeiner Phrase, hinter irgendeinem Programm, und je mehr er den Schutz erlangt, um so geringer werden die Leistungen und die Arbeitsfreude.“

„Tatsache ist weiter, daß die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Angestellten und Beamten um reichlich 100 % gegen Anfang 1924 zugenommen haben. Die Gehälter der höheren Angestellten und Beamten sind übertrieben hoch, die mittleren und unteren Angestellten und Beamten, der Arbeiter aller Berufe sind weit über dem Maß des Notwendigen.“

„Wir stehen allem Anschein nach vor einem Umschwung auf den Märkten für Lebensmittel. Die Preise auf den Viehmärkten ziehen an, die aufgetriebenen Viehmengen werden kleiner. Geringeres Angebot an Fleisch bedeutet kleinere Fleischportionen für den einzelnen. An die Stelle der maßlosen Fleischverschwendung der letzten 12 bis 16 Monate tritt ein Zurückhalten im Fleischverbrauch.“

„Bei der heutigen wirtschaftlichen Einstellung ist damit zu rechnen, daß versucht wird, den steigenden Lebensmittelpreisen steigende Löhne anzupassen, damit den Lohnempfängern ermöglicht wird, wie bisher, die teure Tageszeitung zu halten, daneben zahlreiche illustrierte und Sportzeitungen zu kaufen, zahllosen Verbänden und Vereinen anzugehören zu ermäßigten Preisen häufigst die Theater zu besuchen, aus Kinostüde durchzunehmen, reichlichen Verbrauch in Genussmitteln vorzunehmen und lange Erholungsreisen auszuführen.“

„Die Sozialdemokraten fürchten, ihre Gefolgschaft in Arbeiterkreisen an die Kommunisten zu verlieren; die Regierung fürchtet die Begehrtheit der Beamten, sie verliert ihre Stütze, weil Polizei und Armee sofort versagen, falls der Homkopf nicht wie bisher überläuft. Arbeiter und Beamte in Privat- und Staatswirtschaft bilden heute eine gemeinsame Armee von Forderungen, die mit Recht verlangen, was man ihnen bisher gegeben hat.“

Soll man sich die Mühe machen, gegen solche Hirngespinnne zu polemisieren? Sollen wir beweisen, daß die maßlose Fleischverschwendung, die langen Erholungsreisen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten blanke Unfug sind? Nein, wir wollen es uns ersparen. Es ist genug, wenn wir solche Neuperfungen niedriger hängen. Diese Unternehmungen von heute sind keinen Deut besser als die Bueds und Samms der Vorkriegszeit. Ihnen können nur starke Organisationen und rücksichtsloser Kampf imponieren.

### Gewerkschaftliches.

Der Anluß des Glasarbeiterverbandes an den Bauergewerksbund findet nicht statt. Höchst sonderbar, wird mancher Alliance sagen; in einer Zeit, wo eine Anzahl Gewerkschaftsführer nichts Wichtigeres zu tun haben, als die Organisationsformen der freien Gewerkschaften nach einem von ihnen aufgestellten Schema umzusetzen, kann nicht einmal die Verdrängung dieser Art vor sich geben. Die Glasarbeiter haben durch Abstimmung beschlossen, dem BGG beizutreten, der Verbandstag des BGG hat der Aufnahme zugestimmt, und nun soll zum Schluß doch nichts aus dieser Union werden? Wie der Vorsitzende Siebig vom Glasarbeiterverband im Verbandsorgan berichtet, fand am 16. Juni wegen der Uebereinstimmlichkeiten mit dem BGG, nochmals eine Sitzung statt. Da erklärte jetzt der Vorstand des BGG, daß ein Anluß an den BGG nicht mehr in Frage kommen könne, weil die beim Bundeskongress eingesetzte Kommission zur Schaffung von Industrieverbänden einen neuen Plan ausgearbeitet habe. Danach würden nur 15 Industrieorganisationen künftig bestehen, und es sei zu erwarten, daß der Gewerkschaftskongress dementsprechend beschließen würde. Unter diesen sei ein Industrieverband für die Stein-, Glas- und Keramikindustrie vorgesehen. Das war natürlich für den Glasarbeiterverband eine unannehmliche Wendung. Sie können zusammen nicht kommen, weil es dem größeren Bruder nicht gefällt. Siebig hat dann weiter aus, daß er in der Sitzung des Bundeskongresses am 3. Juli mit Dörmann Rücksprache genommen und ihn dafür zu beruhigen gesucht habe, seinen Plan dazu zu ändern, daß der Industrieverband für das Baugewerbe nur aus den Stein-, Glas- und Keramikindustrie zusammenzusetzen werde. Dörmann habe sich dafür interessiert; er habe sich in diesem Sinne zu wirken, und er ist auch in einer weiteren Kommissionssitzung für die Zusammenlegung eingetreten.

„Die „Münchener“ schreibt hierzu die „Holzarbeiter-Zeitung“. Sie ist verächtlicher als je. Man nehme mit der Annahme der Verhältnisse von Dörmann und Siebig, daß man sich nicht mehr für die Sache interessieren zu müssen, um bei der Lösung des Organisationsproblems Sonderwünsche darzulegen. In einem Aufhug in der „Gewerkschafts-Zeitung“ steht sich der Vorsitzende des Steinarbeiter-Verbandes, Dörmann, gegen den Dörmannschen Plan und gegen die Zu-

sammenlegung des Steinarbeiter-Verbandes, soweit dessen Mitglieder nicht an die Organisation des Baugewerbes abzutreten sind, mit der Glas- und Keramikindustrie zu einem Industrieverband, und er führt für seine Auffassung gute Gründe ins Feld. Wichtig ist es aber gelungen, Dörmann für seine Auffassung zu gewinnen, und so tritt dieser jetzt für die Zusammenlegung der Stein-, Glas- und Keramikarbeiter mit den Bauarbeitern ein.

Dieser Bericht zeigt, welche Schwierigkeiten sich einer Aenderung der Organisationsform entgegenstellen, selbst da, wo der gute Wille zur Verschmelzung vorhanden ist. Und dabei handelt es sich hier nur um einen kleinen Zipfel des Problems. Wird dieses in seinem vollen Umfang aufgeklärt, dann ergeben sich ähnliche und vielleicht noch viel größere Schwierigkeiten an sehr vielen andern Stellen. Unter solchen Umständen gehört doch ein großer Mut dazu, vom Gewerkschaftskongress zu erwarten, daß er das ganze ungeheure schwierige Problem durch einen Nachspruch löse.“

Die begehrteten deutschen Arbeiter. Nach einer Statistik von Professor Dr. Paul Hermsberg über die durchschnittlichen Stundenlöhne Ende 1924 in Prozenten und im Vergleich mit den Löhnen 1914, waren Ende 1924 die Nominallöhne gestiegen in

Deutschland	122 %	Schweiz	200 %
Italien	150 „	Schweden	249 „
Frankreich	152 „	Holland	295 „
England	200 „	Vereinigten Staaten	282 „

„Akademische Ehrung eines Gewerkschaftsführers. Aus Anlaß der Jahrtausendfeier der Rheinlande hat die philosophische und juristische Fakultät der Universität Bonn den Bezirkssekretär für Rheinland-Westfalen, Heinrich Meyer in Düsseldorf, weil er in schweren Zeiten seine Kräfte mit Entschlossenheit für das Wohl der Arbeiterschaft, im Bewußtsein der Verantwortung für das deutsche Volk, eingesetzt hat, die Würde und Rechte eines Ehrendoktors der Staatswissenschaften verliehen. Wir beglückwünschen unsern Genossen Meyer zu dieser Ehrung, in der wir zugleich eine Anerkennung der großen Verdienste der Gewerkschaften erblicken.“

### Verschiedenes.

Die Leipziger Entwurfs- und Modellmesse. Die Entwurfs- und Modellmesse, die bereits im letzten Frühjahr in die Räume der Universität verlegt worden ist, wird von nun an ständig ihren Sitz dort haben. Die nächste Entwurfs- und Modellmesse findet im Rahmen der Leipziger Herbstmesse vom 30. August bis 5. September statt. Kunstgewerblern ist Gelegenheit geboten, sich zu beteiligen. Der Ausstellungsort ist kostenfrei. Auskunft erteilt das Reichamt für die Württemberg in Leipzig, Markt 4.

### Fachtechnisches.

Gesellenstückausstellung in Nürnberg. Vom 27. Juni bis 13. Juli war hier die Gesellenstückausstellung geöffnet. Für das Malergewerbe fanden die Prüfungen schon am 4. April statt; die Arbeiten sollten aber jetzt erst mit ausgestellt werden. Wir hatten 27 Prüflinge; von diesen haben leider nur 10 ihre Prüfungsarbeit ausgestellt. Ich will hier nicht unteruchen, was mit den andern Arbeiten geworden ist, aber im Interesse unseres Berufes hätte es wohl gelegen, wenn auch sie ausgestellt worden wären. Ein Gesamtbild konnte man sich daher nicht machen. Zu den Arbeiten selbst möchte ich sagen, daß Hervorragendes nicht geleistet wurde. Wenn auch die Arbeiten von Schöler, Meyer, Schilling usw. in der Zeichnung und Farbstimmung als gut bezeichnet werden können, so sind doch wieder verschiedene andere Arbeiten nicht zufriedenstellend ausgeführt gewesen. So die eine Arbeit von G. Gollwitzer, E. Blag; auch der Weintraubenfries von Schöler konnte mir nicht gefallen, weil auf diese Arbeit nicht die nötige Sorgfalt verwendet wurde, die hätte lieber wegbleiben können. Die Arbeit von Späglele wäre vielleicht besser ausgefallen, wenn sie in einem Zuge fertiggestellt worden wäre.

Hier muß eingegriffen werden im Interesse des Lehrlings; und zwar stellen wir die Forderung auf, daß die nächsten Gesellenstücke in einem großen Saal unter Aufsicht der Lehrlingskommission angefertigt werden. Dann haben wir eine Uebersicht über sämtliche Arbeiten; sie können nicht mehr unterbrochen werden und der Saal kann zugleich als Ausstellungsraum benutzt werden. J. L.

### Fachliteratur.

„Deutsche Malerzeitung die Wappe“, illustrierte Zeitschrift für Malerei. Verlag: Georg D. W. Callwey, München. Das vorliegende Heft 5 bringt die Vorlagstafeln 33 bis 40: Decke für einen Saal, von Karl Schaffer; Wappzimmer, von G. Pengst; Decke und Wand, von Peter Weber; Wandmalerei, von W. Reichelt; Bergsport - Reklamemalerei, von Karl Schaffer; Treppenhausebemalung, von A. G. Budde; Eiserner Vorhang vom Schloßtheater zu Schönbrunn bei Wien, gemalt von Max Selas; Botanizierate, von Ferd. Osten. Die im textlichen Teil untergebrachten Abbildungen sind gleichfalls beachtenswerte Leistungen.

### Literarisches.

„Illustrierte Reichsbannerzeitung“ als Sportnummer. Verlag: J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68. Unter dem Zeichen der Frankfurter Arbeiter-Olympiade steht die Nr. 30 der vorzüglich geleiteten illustrierten Zeitschrift der Republikaner. Aufsätze über die Arbeiter-Olympiade und über Frankfurt a. M. - der Stadt der Arbeiter-Olympiade - sowie gute Sportbilder geben der neuen Nummer ihr besonderes sportliches Gepräge. Eine Reihe weiterer Bilder und Textbeiträge machen das Blatt abwechslungsreich und unterhaltend. Jeder Republikaner muß die „Illustrierte Reichsbannerzeitung“ lesen. Jede Nummer kostet nur 20 H.

Som Kampfbuch zum Massenport. Via Ernst Kraft. Verlag: J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68. (64 Seiten, 1.4.) Mit diesem Buch bringt der Verlag von Diez ein alle Arbeiter-Portier interessierendes Buch auf den Markt. Der Sport hat in

sehr starkem Maße die Arbeiterschaft erfasst, es war notwendig, von fachkundiger Seite zu untersuchen, welchen Weg der Sport gehen muß. Es ist das in dem auch äußerlich sehr toll und ansprechend ausgestatteten Buche dem Verfasser trefflich gelungen.

Der Kleine Brockhaus. Handbuch des Wissens in 10 Bänden. Ueber 40 000 Stichwörter auf etwa 800 dreifarbigen und bunten Tafeln und Karten, sowie 37 1/2 Tabellen und Zeitstrahlen. - Subskriptionspreis: Jede Tafel 1.90 M., vollständig in Halbleinen gebunden 21 M., in Ganzleinen gebunden 23 M. Das vorliegende Heft enthält unter anderem ganze Reihe bunter geographischer Karten, fahrt Eisenbahnen und Kraftwagen bis zu den neuesten Erfindungen vor. Illustriert die Elektrizität und führt das Erläuternde Register von „Brücken“ bis zu „Gelenk“. Illustrationen Schrift sind besonders deutliche Belege der Fortschritte graphischen Gewerbes und machen dieses Werk durch die fälligen Hervorhebungen der Stichwörter zu einem äußerst brauchbaren Nachschlagewerk des heutigen menschlichen Wissens. 10 Lieferungen ist das Werk abgeschlossen; bei sofortiger Bestellung beträgt der Preis 1.90 M., nach Abschluß des 10. Heftes 2.10 M., eventuell noch mehr für jedes Heft. Mitteilungen sind an den Verlag: J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 47, Bagelbergstraße 26.

Körperbildung - Radkultur. Blätter freier Menschen. Eine neue Vierteljahrszeitschrift des Verlags Bundes freier Menschen, Herausgeber Adolf Koch und Dr. Hans Graag. Jedes Heft enthält 40 Seiten und 8 bis 12 Radabbildungen. Preis des Einzelheftes 60 H., Bezugspreis 4 Heft 2.40 M. Bestellungen gegen Voreinsendung des Trages durch den Verlag des Bundes freier Menschen, SW 47, Bagelbergstraße 26.

Professor Dr. Maber: „Kassales Weg zum Sozialismus“. Im Verlag von J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, ist diesem Titel die Festschrift im Druck erschienen, die Professor Maber, der Herausgeber von „Kassales“, nach dem Tode von Maber, am 13. April 1925, am 100. Geburtstag Maber, vor der Arbeiterschaft seiner Geburtsstadt erhalten hat. Wir möchten diese vorzügliche Schrift unseren Lesern ganz besonders empfehlen.

„Die Gemeinde“ als Sondernummer für Sport und Pflege wird diesmal besonders freudig aufgenommen, weil namhafte Mitarbeiter aus den Kreisen der Arbeiterportier Gemeindeverwaltung und der Jugendfürsorge haben beigetragen. „Die Gemeinde“ erscheint wöchentlich und monatlich 60 H. Verlag: J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 47.

Vom 9. bis 15. August ist die 33. Beitragswo-

### Sterbetafel.

Magdeburg. Am 23. Juli erkrankte beim Baden unser Kollege Bernhard Gezella im Alter von 38 Jahren. Am 3. August starb an Herzschlag unser Kollege August Zander im Alter von 43 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

### Anzeigen

#### Aufforderung!

Der Kollege Gustav Palandt, geboren 15. April zu Banteln, dem Verband beigetreten am 5. November in Mülheim a. d. Ruhr, wird hiermit aufgefordert, seine Verpflichtungen bei der Filiale Hildesheim nachzukommen. Die Filialen werden gebeten, die Adresse des Palandt Filiale Hildesheim mitzuteilen.

Gewissenhaft und selbständig arbeitenden

### Holzmalerei

nicht unter 24 Jahren, stellt sofort ein  
**E. S. Schmidt, Möbelfabrik**  
Wörsdorf in Thüringen.

Mecklbg. Maler-Technikum

### Schwerin i. M. 5

Planmäßige, gewissenhafte und gründliche Ausbildung in allen Fächern für die Praxis. / Arbeiten der Schüler auch wieder auf allen besuchten diesjährigen Fachausstellungen als hervorragend praktisch und zeitgemäß anerkannt und in Neubrandenburg mit „Höchster Auszeichnung“, in Cöthen mit der „Staatsmedaille“ bewertet.

### Meister- und Gehilfenprüfungen

Wintersemester vom 1. Oktober bis 31. März.

Gute und billige Wohn- und Verpflegungsverhältnisse. - Eintritt jederzeit! Aufklärungsschrift und Lehrplan usw. kostenlos durch die Direktion.

### Komplettes

### Sandstrahlgebläse

gebraucht, zu verkaufen oder eventuell unter günstigen Bedingungen zu verleihen. Angebote unter Nummer 1 an die Expedition dieses Blattes.

### Achtung!

### Schriften- und Reklamemaler

können viel Geld verdienen!

Schreiben Sie noch heute um Auskunft an die Deutsche Telefonzellenfenster-Reklame

### Hans Degen, Köln

Gerrenhof 1.